



BERGSTRASSE

PRESSEMITTEILUNG 11/2020

DGB und GEW: „Kirche stiehlt sich aus der Verantwortung“

Kreis Bergstraße. In einer gemeinsamen Pressemitteilung sprechen die Bergsträßer Kreisverbände des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB) und der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) den von den Schließungen betroffenen Beschäftigten im Haus am Maiberg sowie der Liebfrauenschule ihre volle Solidarität und Unterstützung aus. „Es kann nicht sein, dass die Kirche, gleich einem rein marktwirtschaftlich orientierten Unternehmen, einfach aufgrund angeblich notwendiger Sparmaßnahmen den Rotstift ansetzt und Kürzungen vollzieht, die als erstes – mal wieder – den Bildungsbereich treffen“, so die kritische Einschätzung von Holger Giebel, Elke Fischer und Friedemann Sonntag von der GEW.

Demnach seien offenbar das Erste, was entbehrlich scheine, Orte der Aus- und Weiterbildung. Gerade in einer Zeit, in der immer wieder die Bildung als einziges Bollwerk zur Stärkung der Demokratie und gegen das Anwachsen von extremistischen Tendenzen ins Feld geführt werde, sei dies nicht nachvollziehbar. „Wie aber soll eine Bürgerschaft die Stärkung der Demokratie bewerkstelligen, wenn sich einzelne Träger einfach klammheimlich aus der Verantwortung stehlen?“, fragen die Gewerkschafter. Seitens der Kirche würden Sparmaßnahmen als Begründung vorgeschoben, ohne sich der Absurdität dieser Begründung auch nur im Entferntesten bewusst zu sein. Bildung erscheine erneut lediglich als Kostenfaktor, da die Welt offenkundig auch von der Kirche inzwischen aus einer rein betriebswirtschaftlichen Perspektive betrachtet werde. „Von Vertretern einer der größten und einflussreichsten Religionsgemeinschaft in unserem Land erwarten wir jedoch einen differenzierteren und verantwortungsvolleren Blick auf unser Zusammenleben. So aber verspielt die Kirche die Rechtfertigung für ihre Sonderstellung in unserer Gesellschaft“, heißt es in der Erklärung weiter.

Außerdem kritisieren die Gewerkschafter den Stil der Entscheidungsträger, da grundlegende Veränderungen beschlossen und festgelegt worden seien, ohne dass die Betroffenen in diesen Prozess mit einbezogen worden wären. Vielmehr seien die Menschen vor Ort sogar die Letzten gewesen, die über die Pläne in Kenntnis gesetzt worden seien und somit vor vollendete Tatsachen gestellt worden. „Wer so mit seinen Mitarbeitern, mit den ihm anvertrauten Schülern sowie deren Erziehungsberechtigten umgeht, muss sich dann auch nicht wundern, dass es Protestschreiben hagelt und er sich nun mit reihenweisen Austritten konfrontiert sieht“, monieren DGB und GEW.

Die besondere Bedeutung des Hauses am Maiberg betont Sven Wingerter vom DGB Bergstraße: „Ein Ort für soziale und politische Bildung mit einem hessenweit einzigartigen Konzept darf nicht verloren gehen. Es müssen jetzt alle Anstrengungen unternommen werden, um diese Einrichtung zu schützen und am Leben zu erhalten“, so der Bergsträßer DGB-Vorsitzende. Der Appell der Gewerkschafter geht in Richtung des Bistums in Mainz mit der klaren Forderung, diese Entscheidungen zu überdenken. Aber auch gleichzeitig werden alle kommunalen Verantwortlichen aufgefordert, sich jetzt intensiv Gedanken über einen Erhalt der für die Region und die Bildungsarbeit unerlässlichen Institution zu machen. „Das Haus am Maiberg hat große Bedeutung für die Bildungsarbeit in der Region, weit über den Kreis Bergstraße hinaus“, betont der südhessische DGB-Regionssekretär Horst Raupp (Darmstadt). „Unsere Solidarität gilt der wichtigen und unverzichtbaren Bildungseinrichtung und all ihren Beschäftigten. Das Haus am Maiberg und die Arbeitsplätze müssen erhalten werden.“

Die Petition mit dem Titel „Das Haus am Maiberg muss erhalten bleiben“ werde von den Gewerkschaften unterstützt, weshalb sie auch ihre Mitglieder aufrufen, sich dort zu solidarisieren. Dies sei in einer Sitzung des DGB einstimmig beschlossen worden. Auch die GEW-Vertreter kündigen an, ihre Mitglieder zur Teilnahme auffordern zu wollen. Abschließend stellen die Gewerkschafter noch einmal klar: „Die Verlierer der Krise sind jetzt schon die sozial Schwachen,

Kinder aus bildungsferneren Schichten und das Bildungssystem insgesamt. Das dürfen wir nicht weiter zulassen. Daher fordern wir: Keinerlei Kürzungen im Bildungsbereich! Im Gegenteil: Bildung ist unsere Zukunft, das bedeutet mehr Investitionen sind nötig. Also: Hände weg von unseren Bildungseinrichtungen! Stoppt endlich diesen skandalösen Bildungsabbau. Wir brauchen mehr politische und soziale Bildung für eine stärkeren Zusammenhalt in unserer Gesellschaft und den Ausbau demokratischer Strukturen. Gerade jetzt in dieser Krise.“